

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche trat die Bundesversammlung zum 14. Mal zusammen. Nach dem Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai diesen Jahres mit sofortiger Wirkung war die Einberufung der Bundesversammlung. In seiner guten Ansprache zur Eröffnung der Bundesversammlung fand Bundestagspräsident Lammert offene Worte: „Niemand von uns steht unter Denkmalschutz. Weder die Parlamente noch die Regierungen, nicht einmal das Staatsoberhaupt. Kritik muss sein!“ Er kritisierte aber auch in aller Deutlichkeit den Umgangston aus den Oppositionsparteien gegenüber unserem Staatsoberhaupt. Im Anschluss an die Eröffnungsrede Lammerts trat die Bundesversammlung in den ersten Wahlgang ein. Da dieser und auch der zweite Wahlgang keine absolute Mehrheit für einen Kandidaten brachte, war ein dritter Wahlgang notwendig, bei dem die einfache Mehrheit ausreicht. Nach mehr als neunstündiger Dauer der 14. Bundesversammlung entfielen im dritten Wahlgang 625 Stimmen, zwei mehr als notwendig für die absolute Mehrheit, von 1.242 abgegebenen Stimmen auf Christian Wulff und damit wurde er zum zehnten Bundespräsidenten gewählt. Auf den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und späteren Beauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck entfielen in diesem Wahlgang 494 Stimmen. Es gab 121 Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig. Vor der Annahme der Wahl erklärte er seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Er nehme die Wahl "außerordentlich gerne und aus Überzeugung" an und freue sich auf die verantwortungsvolle Aufgabe, erklärte er. An dieser Stelle möchte ich Christian Wulff sehr herzlich zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten gratulieren. Ich bin mir sicher, dass er seine neue Aufgabe hervorragend erfüllen und ein erstklassiges Staatsoberhaupt sein wird, und wünsche ihm von Herzen alles Gute und Gottes Segen.

Selbstverständlich hätte es der Berliner Regierungskoalition gut getan, wenn Christian Wulff bereits im ersten Wahlgang gewählt worden wäre. Entscheidend ist aber das Ergebnis, das am Ende

des Tages steht – und das heißt: Der Kandidat der bürgerlichen Koalition hat sich durchgesetzt. Insgesamt können wir aber sehr zufrieden sein, dass sich zwei so hervorragende Kandidaten für die Wahl zum Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung gestellt haben. Es ist jetzt die Aufgabe der Bundesregierung und der bürgerlichen Koalition, durch gute Arbeit in den wichtigen Sachfragen das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.

G-20-Gipfel: Industrieländer wollen Defizite halbieren

Am vergangenen Wochenende haben sich die G-20-Staaten in Toronto zu einer umfassenden Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichtet: Die entwickelten Industrieländer sollen bis zum Jahr 2013 ihre Defizite halbieren und bis zum Jahr 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen. Dieses Verhandlungsergebnis ist gerade mit Blick auf die überaus kontroverse Diskussion im Vorfeld des Gipfels auch ein ganz persönlicher Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. In der Debatte um die Konsolidierungspolitik hat sich die deutsche und europäische Linie in Toronto durchgesetzt. Leider ist es den europäischen Gipfelteilnehmern nicht gelungen, beim Thema Finanzmarktsteuer eine Einigung auf der Ebene der G 20 zu erreichen. Obwohl Deutschland nichts unversucht gelassen und hartnäckig für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise geworben hat, war es nicht möglich, sich auf entsprechende Maßnahmen zu verständigen. Weder konnte man sich in Toronto auf die globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch auf eine Bankenabgabe einigen. Europa muss nun alleine voranschreiten und sich einen Ordnungsrahmen geben, der die Banken in die Verantwortung nimmt. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang schon Ende März Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll vom Kabinett noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

02.07.2010

Sozialdemokratischer Wahlbetrug

Nach Andrea Ypsilanti in Hessen demonstriert nun auch Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, wie glaubwürdig sozialdemokratische Wahlversprechen sind: Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen wollen die Sozialdemokraten in NRW eine Minderheitsregierung bilden, die sich im Landtag auf die Linkspartei stützen muss. In puncto Wahlbetrug stehen auch die Grünen den Sozialdemokraten in nichts nach. Obwohl ein Parteitag vor der Landtagswahl eine Minderheitsregierung noch kategorisch ausgeschlossen hatte, drängen die Grünen nun auf den raschen Abschluss eines solchen Bündnisses. Um eine stabile Regierung zu bilden, ist die CDU in NRW den Sozialdemokraten in den Sondierungsgesprächen weit entgegengekommen – Frau Kraft macht sich jedoch lieber von den Wünschen einer extremistischen Partei abhängig, die nun im Landtag alles fordern kann und zu nichts verpflichtet ist. Damit stellt die Landesvorsitzende der Sozialdemokraten aus purer Machtversessenheit ihre persönlichen Interessen über die der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Ländervergleich benotet Bildungspolitik der Unionsländer mit „sehr gut“.

Erfreut haben wir in der vergangenen Woche die Resultate des ersten Ländervergleichs zur Überprüfung der Schülerleistungen der neunten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch zur Kenntnis genommen: Abermals belegen Bayern und Baden-Württemberg in allen, Hessen und Sachsen in vielen Kompetenzbereichen Spitzenplätze, während Berlin, Bremen und Brandenburg durchweg miserabel abschneiden. Oftmals beträgt der Rückstand von Schülern aus Berlin, Bremen und Brandenburg auf Schüler aus Bayern und Baden-Württemberg mehr als ein ganzes Schuljahr. Besonders stolz macht uns, dass in den Unionsländern auch Kinder mit Migrationshintergrund die besten Resultate erzielt haben. Der Ländervergleich macht einmal mehr deutlich: Mit einer Bildungspolitik, die auf Leistung und Diffe-

renzung setzt, hat die Union das richtige Konzept, um allen Kindern eine Chance auf Teilhabe zu geben. Bildung ist der Schlüssel für Arbeit, Einkommenssicherung und sozialen Aufstieg. Sie ist Sozialpolitik im besten Sinne! Dagegen sind die auf linker Seite geführten Diskussionen über eine Einheitsschule ideologische Grabenkämpfe, die den Schülerinnen und Schülern nicht helfen. Die Eltern in Nordrhein-Westfalen können nur hoffen, dass eine von der Linkspartei tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung nicht lange genug im Amt bleibt, um im bevölkerungsreichsten Bundesland mit der Einheitsschule eine Schulform einzuführen, die in anderen Ländern bereits gescheitert ist.

Herzliche Grüße
Ihr

Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !**Termine (Auswahl)****Freitag, 02. Juli**

- 18:00 Uhr Rede auf dem Deutsch-Türkischen Wirtschaftsforum, Stuttgart
- 20:00 Uhr Hauptversammlung der CDU Winterlingen

Samstag, 03. Juli

- 10:00 Uhr TSH Beach Cup 2010 des JU-Kreisverbandes Sigmaringen, Seepark Pfullendorf

Sonntag, 04. Juli

- 13:30 Uhr Festakt 25 Jahre Jugendherberge Lochen, Balingen/Meßstetten-Tieringen

05. Juli – 09. Juli

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

Barei setzt sich für rasche Fertigstellung der Ortsumfahrung Herbertingen ein

Unmittelbar nach Bekanntgabe der zeitlichen Verzögerung bei der Fertigstellung der Ortsumfahrung Herbertingen infolge der Kürzungen der Mittel für den Bundesfernstraßenbau hat sich Thomas Barei mit einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer gewandt und Erkundigungen über den Fortgang der Baumaßnahmen eingeholt. In einem persönlichen Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister wies Thomas Barei nochmals eindringlich auf die Notwendigkeit der Ortsumgehung für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region hin. In einem weiteren Gespräch mit dem Regierungspräsidium wurde dem Abgeordneten dargelegt, dass die Ausschreibungen weiter fortgeführt werden. Als weitere Maßnahmen im Jahr 2010 ist die Erstellung der Brücke im Zuge der B 311 Herbertingen-Riedlingen über die B 32 geplant und es ist die, für die weiteren Arbeiten

notwendige, Verlegung einer Gasleitung vorgesehen. Es wird also definitiv keinen Baustopp geben, die Arbeiten gehen weiter. Thomas Barei befindet sich zudem in einem regen und stndigen Informationsaustausch mit dem CDU-Gemeindeverband Herbertingen. Der Abgeordnete plant im Rahmen seiner Sommertour 2010 sich vor Ort ein Bild vom Fortgang der Arbeiten zu machen. „Ich werde mich auch weiterhin beim Bund trotz der schwierigen Haushaltssituation stark machen, dass ausreichend Mittel für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden“, so Thomas Barei abschließend.

Barei gratuliert Bundespräsident Wulff

Als Mitglied der Bundesversammlung hat Thomas Barei am 30. Juni unseren neuen Bundespräsidenten Christian Wulff mit gewählt. Nach der heutigen Vereidigung des neuen Bundespräsidenten nutzte Thomas Barei die Gunst der Stunde und übermittelte dem neuen Staatsoberhaupt persönlich seine guten Wünsche für die kommenden Jahre. „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit Christian Wulff den richtigen Mann für unser Land gewählt haben. Ich wünsche ihm alles Gute sowie eine glückliche Hand für anstehende Entscheidungen im neuen Amt“, so Thomas Barei.

